530 – das ist die Zahl jener jungen Leute, die sich auf den Fragebogen der Bundeswehr hin freiwillig zum Dienst an der Waffe entschieden haben. Rund 300.000 Briefe hat „die Truppe“ an die 18-Jährigen des Landes geschickt. Im *ZDF* heißt es, die Fragebogenaktion wirke „ernüchternd“. Die Sendeanstalt könnte bei einem Rücklauf von 0,18 Prozent auch sagen: Krachend ist die deutsche Regierung mit ihrem Vorhaben gescheitert. Das würde allerdings die Harmonie zwischen der Politik und dem Sender stören. Klar ist: Die Jungen haben Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) eine Antwort gegeben, die bis ins Kanzleramt schallt. Sie lautet frei übersetzt: „Nein, wir haben keinen Bock auf Kriegstüchtigkeit!“ Das ist eine gute Nachricht – wenngleich das grundlegende Problem nicht gelöst ist. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260626_Ein_lautes_Nein_der_jungen_Leute_zum_Dienst_an_der_Waffe_Von_300000_Angeschriebenen_haben_sich_530_freiwillig_gemeldet_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Das Problem bei diesem Ergebnis ist: Diese Regierung wird sich auch jetzt von ihrer bekannten Seite zeigen. Sie will nicht begreifen. Sie will nicht verstehen. Sie ignoriert das Interesse des Landes, so wie sie die Interessen der jungen Leute ignoriert. Die 18-Jährigen, nach denen der Staat greifen will, um seine herbeifantasierte militärische „Zeitenwende“ zu vollziehen, haben „Nein!“ gesagt. N-e-i-n gleich nein. Was im Einzelnen die Motive für diese Reaktion sind, ist unklar. Das mag ein allgemeines Desinteresse am Soldatentum sein. Es mag die bewusste Entscheidung sein, sich nicht vor den Karren einer Politik spannen zu lassen, die Krieg im Kopf hat.

So oder so bringen die jungen Leute ihre Interessen zum Ausdruck. Während viele Erwachsene, viele Ältere schweigen und dem militärischen Umbau des Landes ohne nennenswerten Protest wie dem Bau eines Hauses in der Nachbarschaft zuschauen, tut sich aufseiten der jungen Leute etwas. Sie gehen auf die Straße, erheben im besten demokratischen Sinne ihre Stimme gegen eine neue Wehrpflicht – oder sie machen klar, dass sie beim angeblichen Dienst „für“ das „Vaterland“, der in Wahrheit ein Dienst für eine eiskalte Feindbildpolitik ist, nicht mitmachen wollen.

Doch wie geht es nun weiter? Mit einer Kehrtwende der deutschen Kriegstüchtigkeitspolitik ist nicht zu rechnen. Die Bundeswehr soll aufwachsen. Längst steht eine Wehrpflicht im

Raum.

Bist du nicht willig, dann brauche ich Gewalt? Kommt bald der staatliche Zwang – gegen den Willen der Jungen? Die Regierung hat zu verstehen: Ihre Aufgabe ist es, eine Politik für das Land, seine Bürger inklusive seiner Jugend zu machen. Nicht zur Aufgabe der Regierung gehört es, eine Feindbildpolitik im Interesse anderer Staaten zu betreiben. Viele jungen Leute wollen sich nicht für die Politik instrumentalisieren lassen. Sie haben ihr Leben noch vor sich und wollen es nicht irgendwann auf einem Schlachtfeld lassen, das unverantwortliche Politiker bestellt haben.

Mehr zum Beitrag

Leserbriefe zu “Ein lautes „Nein!“ der jungen Leute zum Dienst an der Waffe: Von 300.000 Angeschriebenen haben sich 530 freiwillig gemeldet”